

## Solidarität statt Wahlkampf!

Am 16. März hat der Nationalrat in einer dringlichen Debatte über die «Krise» in Nordafrika und die Folgen für die Schweiz beraten. Wie Äusserungen von PolitikerInnen deutlich machten, besteht diese «Krise» für viele von ihnen nicht darin, dass in Ägypten und Tunesien Umwälzungen noch im Gange sind, in Libyen ein Krieg ausgebrochen ist und in vielen Staaten von Marokko bis Saudi Arabien weiterhin despotische und kleptokratische Regime an der Macht sind. Sie warnen vielmehr davor, dass Flüchtlinge aus Nordafrika es schaffen, bis in die Schweiz zu kommen.

Der SOLIFONDS hat deshalb zusammen mit Solidarité sans frontières, den Demokratischen JuristInnen Schweiz sowie Kultur und Politik in einem öffentlichen Aufruf dagegen protestiert, dass das Thema der Flüchtlinge für den Wahlkampf instrumentalisiert wird. «Wenn jetzt der Maghreb brennt, so ist es unsere einfachste und absolute Pflicht, beim Löschen zu helfen. Umso mehr auch deswegen, weil wir den Brand mit gelegt haben, indem wir über Jahre die nordafrikanischen Diktaturen mit gestützt haben», stand in dem Aufruf.

Die Unterzeichnenden machten deutlich, dass Menschen, die migrieren, um ihr eigenes Überleben und das ihrer Familie zu sichern, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte nicht verweigert werden dürfen. Der Aufruf wurde innerhalb von nur vier Tagen von über 8000 Menschen und 80 Organisationen unterschrieben und den ParlamentarierInnen vor der dringlichen Debatte überreicht.

[www.solidaritaets-petition.ch](http://www.solidaritaets-petition.ch)

SOLIFONDS  
Quellenstrasse 25  
Postfach  
CH-8031 Zürich  
Tel. 044 272 60 37  
Fax 044 272 11 18  
[mail@solifonds.ch](mailto:mail@solifonds.ch)  
[www.solifonds.ch](http://www.solifonds.ch)  
PC 80-7761-7

## 1.-Mai-Aktion

### Algerien – autonome Gewerkschaften: «Citoyens journalistes» informieren und mobilisieren



«Machtapparat hau ab!» – Demonstration in Algier im Februar.

Foto: REUTERS/Zohra Bensemra

«Citoyens journalistes» sind jene Frauen und Männer, die über die sozialen Probleme oder die Polizeirepression in ihrem Dorf oder Stadtteil, aber auch von den verbreiteten Streiks und Mobilisierungen der sozialen Bewegungen berichten. Sie benutzen ihr Handy oder ihren Computer und kommunizieren via Internet mit dem restlichen Algerien und der ganzen Welt.

Mit Informationen, die direkt von den Betroffenen stammen, wollen die autonomen Gewerkschaften in Algerien das staatliche Informationsmonopol in Fernsehen und Radio sowie einem weiten Teil der gedruckten Presse brechen. In den grösseren Städten der nördlichen Küstengebiete könne sich kaum jemand vorstellen, wie elend die Lage vieler Menschen im Süden des Landes sei, berichtet eine Gewerkschaftsaktivistin. Ausgerechnet im Süden, wo mit dem Erdöl und Erdgas der ganze Reichtum des Landes gefördert werde, herrsche bitterste Armut. «Andererseits erfahren die Leute im Süden nichts von unseren Mobilisierungen und Streiks im Norden gegen das Regime», fährt sie fort.

Doch im ganzen Land ist die Lage gespannt, wie in Tunesien und Ägypten, bevor dort die Volksaufstände begannen. Mit einer rigiden Überwachung der sozialen Bewegungen, mit Repression und mit kleinen materiellen und politischen Zugeständnissen versuchen die Machtträger – die Regierung Bouteflika sowie die Militärspitze – die Lage zu kontrollieren und eine von oben gesteuerte «Demokratisierung» einzuleiten.

Für die sozialen Bewegungen dagegen ist klar, dass – wie in den anderen arabischen Ländern – nur die völlige Beseitigung des alten Regimes zu Demokratie und sozialer Gerechtigkeit führen kann: «pouvoir dégagé»!

Die unabhängigen Gewerkschaften in Algerien sind der Motor der Mobilisierungen. Mit dem Projekt des «citoyen journaliste» wollen sie möglichst vielen Menschen in Algerien, vor allem aber in den entlegenen Kleinstädten und Dörfern, die Fähigkeiten vermitteln, unabhängig zu informieren und damit zu einer breiten Mobilisierung der sozialen Kräfte beizutragen. Dafür brauchen sie unsere Solidarität.

## **Wirtschaftspolitik verschärft soziale Probleme**

*Gemäss Prognosen der Weltbank wird sich die wirtschaftliche Situation in Algerien in den nächsten Jahren nicht wesentlich verbessern. Der Hauptgrund liegt in der einseitigen Abhängigkeit von den Öl- und Gasausfuhren, die sich auf 97 Prozent der Exporte belaufen. Die hohen Preise für das Öl und Erdgas in den letzten Jahren haben eine positive Handelsbilanz, einen Schuldenabbau und den Aufbau von Devisenreserven ermöglicht. Höchst erfreuliche Resultate aus der Sicht von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, die dem Land 1995 ein Strukturanpassungsprogramm verpasst hatten.*

*Dieses hatte zur Folge, dass Tausende Angestellte in staatlichen Unternehmen ihre Arbeit verloren, als die Betriebe privatisiert wurden. Aktuell zeigt sich, dass bis heute kaum Investitionen getätigt worden sind, die die dringend benötigten Arbeitsplätze schaffen würden. Investitionen gehen weiterhin in die Erdölwirtschaft und einige grosse Infrastrukturprojekte. Trotz Wirtschaftswachstum bleibt daher rund die Hälfte der jungen Menschen arbeitslos. Und von den 240'000 Menschen, die jährlich neu auf den Arbeitsmarkt kommen, finden nur etwa 50'000 eine Stelle.*



*Neben der Erwerbslosigkeit verschärfen die tiefen Löhne – der Minimallohn von gut 200 Franken reicht nirgends hin –, die riesige Wohnungsnot und eine zunehmend verschlechterte Gesundheitsversorgung die Lage der Bevölkerung. Derweil grassiert die Korruption in Staat und Wirtschaft.*

*Eine Zeit lang wirkte die Emigration nach Europa als Ventil. Nachdem diese Fluchtmöglichkeit aus der sozialen Misere durch eine ständige Verschärfung der Migrationspolitik der europäischen Staaten, wie auch der Schweiz, und durch die militärische Überwachung durch Frontex praktisch verbaut worden ist, bleibt den Menschen in Algerien nur noch der Protest oder die Resignation.*

## **Der soziale Widerstand formiert sich**

Die algerische Zeitung La Liberté zählte im Jahr 2010 112'878 Interventionen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Anders ausgedrückt: Im Land kam es jeden Monat zu mehreren Tausend Demonstrationen, Streiks oder Unruhen. Auch bei einer Bevölkerung von 35 Millionen Menschen ist dies eine schier unvorstellbare Grösse, die die verzweifelte Lage dieser Menschen unterstreicht.



Die Proteste nehmen landesweit zu – trotz Repression.

Foto: REUTERS/Zohra Bensemra

Weshalb kommt es in Algerien nicht zu einem Massenaufstand, der die bestehende Ordnung hinwegfegt, ähnlich wie in Tunesien? Es gibt dafür verschiedene Gründe. Die Regierungspartei nimmt für sich den Erfolg und damit das Prestige des erfolgreichen Unabhängigkeitskampfes gegen die Kolonialmacht in Anspruch. Zudem sieht ein Teil der Bevölkerung in Staatspräsident Bouteflika offensichtlich nicht den bösen Tyrannen, wie die tunesische in Ben Ali oder die ägyptische in Mubarak. Lähmend wirken die 1990er Jahre nach, das «schwarze Jahrzehnt» des Kampfes gegen die islamistischen Kräfte, das 150'000 Tote gefordert hat; 10'000 Menschen gelten immer noch als verschwunden. Schliesslich stellt der ehemalige Präsident der Menschenrechtsliga fest, dass es zwar unzählige Revolten gebe, aber dass sich daraus kein nationaler Aufstand ergeben habe. Wesentlicher Grund dafür ist die massive Repression.

### **Proteste werden im Keim erstickt**

Das algerische Regime von militärischer und politischer Führung unterdrückt jede öffentliche Manifestation schnell und brutal. Am 12. Februar standen 3'000 Demonstrierenden 30'000 Sicherheitskräfte gegenüber, und diese fackelten nicht lange und lösten die Besammlung auf.

Gleichzeitig wächst der Unmut in der Bevölkerung. Im März sind Arbeiter der staatlichen Erdölgesellschaft SONATRACH in einen Hungerstreik getreten und auch die Eisenbahner haben die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitslosenkomitees mobilisieren im ganzen Land. Angeführt von der Nationalen autonomen Koordination der StudentInnen führen auch die Studierenden laufend Sit-ins, Streiks und Demonstrationen durch. Doch selbst das Verteilen von Flugblättern wird kriminalisiert: Die junge Arbeitslose Touat Dalila wurde verhaftet, als sie Flyers für eine Demonstration verteilte. Und das Arbeitslosenkomitee von Dar el Beida wurde von einer Schlägertruppe angegriffen, die Anwesenden wurden geschlagen und zum Teil schwer verletzt – die Sicherheitskräfte schauten zu. Ähnliche Übergriffe fanden gegen demonstrierende LehrerInnen statt. Obwohl die sozialen Proteste ständig zunehmen, ist die Regierung zu keinen Konzessionen bereit.





## Gleiche Rechte für alle Arbeiterinnen und Arbeiter!

Für die Hausangestellten weltweit ist der kommende Juni ein wichtiger Monat: In der internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf geht die Konvention über Hausangestellte in die letzte Lesung. Wird die Konvention angenommen, werden Millionen Hausangestellte auf der ganzen Welt erstmals als ArbeiterInnen anerkannt und ihre Rechte festgehalten. Seit Jahren kämpfen Gewerkschaften von Hausangestellten für eine solche Konvention. Darunter auch die südafrikanische Hausangestelltengewerkschaft



Hausangestellte in Hongkong demonstrieren für ihre Rechte.

Foto: [www.domesticworkerrights.org](http://www.domesticworkerrights.org)

oder die in Hongkong ansässige Gewerkschaft von indonesischen Hausangestellten IMWU. Beide Gewerkschaften hat der SOLIFONDS mehrmals in ihrem Kampf für die Rechte von Hausangestellten unterstützt.

Gemäss der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sind weltweit über hundert Millionen Menschen in privaten Haushalten angestellt. Die meisten von ihnen sind Frauen und Mädchen, die Arbeit von Minderjährigen ist gang und gäbe. Viele Hausangestellte sind Migrantinnen; manche sind vom Land in die Stadt migriert, andere sind auf der Suche nach Arbeit in andere Länder abgewandert. Für alle ist die Hausarbeit eine der wenigen Optionen, die ihnen offen stehen, um sich selbst und ihre Familie zu ernähren. Der Hintergrund ihrer Migration sind oft Armut und Arbeitslosigkeit – oder anders gesagt: die Folgen von Marktliberalisierung, Strukturanpassungsmassnahmen, Zerstörung von lokaler landwirtschaftlicher Produktion und Wirtschaftskrisen.

Als Arbeiterinnen in informellen Arbeitsverhältnissen sind Hausangestellte verstärkt Ausbeutung ausgesetzt. Vielerorts leben sie im Haushalt ihrer ArbeitgeberInnen, müssen rund um die Uhr zur Verfügung stehen, erhalten einen Tiefstlohn und erleben nicht selten Erniedrigungen und Missbrauch. In manchen Fällen gelangen Hausangestellte über Agenturen zu ihrer Stelle – Agenturen, die oft exzessive Gebühren für ihre Vermittlung verlangen und die Hausangestellten mit Schulden an sich binden. In einigen Ländern ist die Arbeitsbewilligung von Hausangestellten zudem an einen bestimmten Arbeitgeber gebunden. Damit können sie ihren Arbeitsplatz auch dann nicht wechseln, wenn sie unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten. Sprachliche Barrieren und ihre Isolation erschweren es ihnen zudem, Unterstützung zu suchen.

Umso wichtiger ist es, dass Hausangestellte endlich die gleichen Rechte haben wie Arbeiterinnen und Arbeiter in formellen Arbeitsverhältnissen. Dass es zur Ausarbeitung einer solchen Konvention gekommen ist, ist der Beharrlichkeit der Gewerkschaften von Hausangestellten zu verdanken. Die Annahme der Konvention im Juni wird ein erster bedeutender Schritt sein. Als nächstes muss sie in die Realität umgesetzt werden.

## Erfolg von chinesischen SchmucksteinschleiferInnen

Im vergangenen März durfte die Hongkonger Schmucksteinfirma *Lucky Gems* zum zweiten Mal nicht an der Uhren- und Schmuckmesse *Baselworld* teilnehmen – ein Erfolg jahrelanger Kampagnen der Arbeitsrechtsorganisation *Labour Action China (LAC)* zusammen mit *SOLIFONDS* und *Unia*, die immer wieder darauf aufmerksam gemacht hatten, dass chinesische SchmucksteinschleiferInnen wegen fehlenden Arbeitsschutzes an der tödlichen Lungenkrankheit *Silikose* erkranken. *Lucky Gems* war von chinesischen Gerichten zu Entschädigungszahlungen verurteilt worden, hatte aber mit allen Mitteln versucht, die Zahlungen zu umgehen. Erst nachdem die Firma letztes Jahr unter Druck geraten war, weil sie ausser von der *Baselworld* auch von einer renommierten Messe in Hongkong ausgeschlossen wurde, entrichtete sie – mit viel Verspätung – Entschädigungszahlungen an sechs erkrankte Arbeiter. Weil die Firma nicht belegen konnte, dass sie die Arbeitsbedingungen verbessert hat, durfte sie auch dieses Jahr nicht an der Messe teilnehmen. *Lucky Gems* weigert sich zudem anzuerkennen, dass zahlreiche weitere ArbeiterInnen an *Silikose* erkrankt sind. Dies war denn auch das Hauptthema eines Gesprächs, das im März zwischen einer Delegation von *LAC* – begleitet von *SOLIFONDS* und *Unia* – sowie der Basler Uhren- und Schmuckmesse stattfand. Eine Wiedenzulassung von *Lucky Gems* muss, so die Forderung der Delegation, von einer kollektiven Regelung der weiteren *Silikose*fälle abhängen. Ebenfalls wurde die *Baselworld* aufgefordert, von allen Ausstellern den Nachweis einer sozialen Beschäftigungspolitik zu verlangen.

**Impressum:** Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt», getragen von: Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB, SP Schweiz, *Solidar/SAH* und den Mitstifterorganisationen: Afrika-Komitee, AAB Südliches Afrika, Erklärung von Bern, Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika FEPA, Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Nicaragua- und El-Salvador-Komitees, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Sahraische Volk, terre des hommes Schweiz, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien. Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann Druck: printoset, Zürich